



Ende des Taser-Probelaufs ist "Realitätsverweigerung"

DPoIG Berlin fordert den Taser-Probelauf zu erweitern und Rechtsgrundlagen zu verbessern

In Berlin soll nach der Vorstellung von Innenstaatssekretär Torsten Akmann der Probelauf mit den Distanz-Elektroimpulsgeräten (DEIG) zum Jahresende 2022 beendet werden. Die Polizei Berlin ist aufgefordert, einen Abschlussbericht inklusive Evaluation vorzulegen.

"Eine solche Entscheidung halten wir für falsch", sagt dazu der Landesvorsitzende der DPoIG Berlin, Bodo Pfalzgraf. Im Gegenteil: "Wir fordern, den Probelauf zu erweitern und seine Rechtsgrundlagen zu verbessern."

Denn die Elektroimpulsgeräte funktionieren und wirken weltweit deeskalierend und verletzungsarm. *"Nur die Berliner Politik betreibt Realitätsverweigerung, vermutlich aus ideologischen Gründen",* kommentiert Bodo Pfalzgraf. Der Probelauf sei wegen seiner mangelhaften Rechtsgrundlagen und der Gleichsetzung mit einer Schusswaffe *"schon vorab zum Scheitern verurteilt"* gewesen, so Pfalzgraf weiter, *"nun reichen einige verhinderte Selbsttötungen den politisch Verantwortlichen nicht zur Fortsetzung"*.

Die Gefahr: Der Verzicht auf die Taser (DEIG) zwingt Einsatzkräfte bei einer zudem rasant ansteigenden Zahl von Messerangriffen - nachzulesen in der aktuellen Kriminalitätsstatistik - alternativlos zum Schusswaffengebrauch. Bodo Pfalzgraf: *"Berliner Politik ist eben auch unfassbar unverhältnismäßig!"*

Herausgeber:

Deutsche Polizeigewerkschaft im DBB (DPoIG), Landesverband Berlin e.V.
Landesgeschäftsstelle Alt-Moabit 96 A, 10559 Berlin
Tel.: (030) 393 30 73 / 74 und Fax: (030) 393 50 92
E-Mail: post@dpolg-berlin.de und Internet: www.dpolg.berlin
V.i.S.d.P.: Bodo Pfalzgraf, Landesvorsitzender